Impressum

FIAN ÖSTERREICH
1090 Wien, Schwarzspanierstraße 15/3/1
Telefon: +43-1-23 50 239
Fax: +43-1-23 50 239 20
Email: office@fian.at
Internet: www.fian.at

Spendenkonto FIAN Österreich:
IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600, BIC: GIBAATWWXXX

Layout, Satz: Jörg Grubmüller, Brigitte Reisenberger, Eva Ganzberger
Redaktion: Christiane Löper, Brigitte Reisenberger
Fotos: Claudia Dal-Bianco, Karin Rausch, Ralf Leonhard

Österreichische Post AG
Info. Mail Entgelt bezahlt

Landgrabbing
Auch ein europäisches Thema

Landkonzentration und Land Grabbing sind nicht nur ein Problem des globalen Südens, sondern schreiten auch in Europa voran. In Rumänien, der Ukraine, Serbien und Ungarn kontrollieren österreichische Investor_innen bereits große Landflächen. Durch die massive Verschiebung der Besitzverhältnisse sind weitreichende Änderungen für die Landwirtschaft zu erwarten. Zu befürchten ist, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft von dem Investitionsboom kaum profitieren wird. Das 2013 erschienene Buch *Land Concentration, Land Grabbing and People's Struggles in Europe* belegt diese Trends. FIAN hat die gemeinsamen Forschungen der European Coordination Via Campesina (ECVC) und der Hands-Off The Land (HOTL) Alliance mitunterstützt. In dem von FIAN beigesteuerten Kapitel wird mithilfe der FAO/CFS-Leitlinien zum Zugang zu Land die Landfrage unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten beleuchtet und es werden Reformvorschläge für die Landverwaltung in Europa formuliert. Im April wurde das Buch zusammen mit Ko-Autoren aus Ungarn, Rumänien und Österreich unter großem öffentlichem Interesse in Wien präsentiert. Die Beteiligung von Beatha Fabian und Aaron Buya von den bäuerlichen Landrechtsorganisationen Haki Ardhi und ADP Mbozi aus Tansania an der Diskussion ermöglichte den direkten Austausch über den Widerstand gegen Land Grabbing in Europa und Afrika.

Neben der Einladung zu zahlreichen Workshops und Vorträgen zum Thema Land Grabbing veranstaltete FIAN auch eigene Seminare. U.a. wurden gemeinsam mit FIAN Deutschland bei einem Studientag in Nürnberg Agrarreformen und Land Grabbing, die Entwicklung von Menschenrechtsinstrumenten und die Frage des Zugangs zu Land diskutiert. Auch der zweitägige Workshop „Mit Menschenrechten gegen Hunger" im September in Wien legte einen Schwerpunkt auf Zugang zu Land. Im April fanden vertiefende Workshops mit NGO-Mitarbeiter_innen, Parlamentarier_innen und Vertreter_innen der zuständigen Ministerien und Institutionen zur Implementierung der FAO/CFS-Leitlinien zum Zugang zu Land sowie den Potentialen einer Deklaration der Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen statt. Zur Bauernrechtsdeklaration beteiligte sich FIAN Österreich gemeinsam mit der ÖBV-Via Campesina Austria an einer europaweiten Petition an österreichische EU-Abgeordnete mit der sie aufgefordert werden, sich für eine Deklaration stark zu machen. Kleinbauern und -bäuerinnen sind besonders oft von Hunger betroffen - ihre Rechte brauchen daher besonderen Schutz.

Filmtage zum Recht auf Nahrung
Hunger.Macht.Profite.6

Von 6. bis 29. November 2013 fanden zum 6. Mal die Filmtage Hunger. Macht.Profite. statt. Bei 27 Vorstellungen in sechs Bundesländern (Wien, NÖ, Steiermark, Vorarlberg, OÖ und Kärnten) erreichten die Filmtage mit über 1.700 Gästen einen neuen Besucher_innenrekord! Kein Wunder, waren doch die 13 gezeigten Filme brandaktuell. Für zwei Filme hat das Hunger.Macht.Profite.-Team eigens die deutsche Sprachfassung produziert. In der erstmals in Österreich gezeigten Doku „The Food Speculator" versucht sich ein Journalist an der Börse und verwettet sein Geld auf Schweinebäuche, Reis und Weizen. Als er sich auf die Suche nach dem Weizen, in den er investiert hat macht, stellt er fest, dass seine Investitionen gar nichts mehr mit realem Weizen zu tun haben. „Kleine Bauern – große Bosse" lenkt den Blick nach Deutschland: Trotz Mitgliedschaft in einer bäuerlichen Genossenschaft haben Bauern und Bäuerinnen keine Kontrolle über Verwendung und Preis ihrer Produkte. Die Genossenschaften sind groß und intransparent, die bäuerlichen Interessensvertreter_innen stark mit der verarbeitenden Industrie verflochten – der Vergleich mit Österreich lag sehr nahe. Viele Filme stellten auch positive Ansätze dar, u. a. die beiden Österreichpremieren „Strategie der krummen Gurken" und „Eine Handvoll Zukunft". Die spannenden Diskussionen mit den über 50 Impulsgeber_innen nach den Filmvorführungen zeigten, dass der Widerstandsgeist auf viele Besucher_innen übergesprungen ist. Einige der gezeigten Filme stehen FIAN Mitgliedern für Vorführungen kostenlos in einem Verleihpaket zur Verfügung.

www.HungerMachtProfite.at

Speisen für das Recht auf Nahrung
Mir isst es recht 2013

Im vergangenen Jahr wurden bei der vierten Auflage der Restaurantaktion in über 30 Lokalen österreichweit 8.000 FIAN-Speisen verkauft. Die speisenden Lokalgäste trugen erneut zur erfolgreichen Arbeit von FIAN bei, denn jeder Teller bedeutete einen finanziellen Beitrag für die Erstellung und Präsentation des Parallelberichts zur Lage der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte in Österreich. Über Medien- und Öffentlichkeitsarbeit wurden tausende neue Interessent_innen für das Recht auf Nahrung erreicht. Die Aktion fand in Wien, Graz, Linz, Klagenfurt, Gmunden und Vorchdorf (OÖ) statt. Wir möchten uns auf diesem Weg nochmals herzlich bei den Lokalbetreiber_innen bedanken und freuen uns auf die gemeinsame Zusammenarbeit bei zukünftigen Aktionen!

Aus dem Sekretariat

2013 waren fünf Mitarbeiter_innen im Wiener Büro aktiv: Gertrude Klaffenböck (Sektionskoordinatorin, Programm Justiziabilität), Brigitte Reisenberger (Programm Zugang zu natürlichen Ressourcen, Kommunikation und Medien, Filmtage Hunger.Macht.Profite.), Christian Hofmann (Finanzadministration, Fundraising, Restaurantaktion), Sophie Veßel (Projektentwicklung, Fundraising) und Christiane Löper (Vienna+20). Philipp Salzmann unterstützte im Rahmen eines Arbeitstrainings die Erstellung des Parallelberichts. Fabian Lehner und Raphael Daum waren für die Webseite und für unser IT-Netzwerk zuständig. Das Forum Fairer Handel war mit Veronika Mayr im FIAN-Büro einquartiert. Ohne Praktikant_innen und ehrenamtliche Mitarbeiter_innen wäre unsere Arbeit undenkbar - wir danken Charlotte Kottusch, Rita Hackl, Eva-Maria Anger, Jakob Katzlinger und Marco Gruber für die tatkräftige Unterstützung!

Finanzbericht
FIAN Österreich - 2013

Umsatzerlöse	1.178,22	0,46%
Mitgliedsbeiträge	6.006,70	2,36%
Spenden und andere Zuwendungen	14.415,06	5,68%
öffentliche Zuschüsse/Projekte	169.529,51	66,75%
national „Mit MR gegen Hungerkrisen"	*50.000,00*	
national „Wien + 20"	*37.000,00*	
international „Hungry for Justice"	*24.917,84*	
international „Hands off the Land"	*57.611,67*	
Beiträge Filmtage, Forum Fairer Handel, Parallelbericht	62.720,62	24,69%
Zinserträge	140,99	0,06%
Summe Einnahmen	**253.991,10**	100%
Materialaufwand MR Tee	-827,06	0,33%
Personalaufwand	-141.714,78	56,65%
Miete, Büroaufwand	-28.121,60	11,24%
Honorare	-34.831,04	13,92%
Reisekosten, Verpflegung, Nächtigungen	-23.206,97	9,28%
Veranstaltungen	-13.642,69	5,45%
Abschreibungen	-793,66	0,32%
Filmlizenzen HMP5, Mitgliedschaften, Sonstiges	-7.002,27	2,80%
Summe Ausgaben	**-250.140,07**	100,00%
Jahresüberschuss	3.851,03	

Der Jahresabschluss wurde vom Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Rudolf Frisch erstellt und wird von der KOBRE Wirtschaftsprüfung GmbH geprüft.

Wir danken folgenden Unterstützer_innen unserer Projektarbeit:

gefördert durch die
Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Jahresbericht 2013

FIAN
INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Unsere Aktivitäten im Jahr 2013

Der Jahresbericht ist ein Moment der Reflektion und des Staunens: Das vergangene Jahr war an Vielseitigkeit und Intensität kaum zu übertreffen. Dies spiegelt sich auch in diesem Jahresbericht wider. Das Ergebnis des WSK-Rechte-Forums lässt sich sehen: Der Parallelbericht hat das Potential, in den kommenden Jahren ein wichtiger Referenzpunkt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte in Österreich zu sein. Zwanzig Jahre nach der Weltmenschenrechtskonferenz 1993 in Wien engagierte sich FIAN Österreich in enger Kooperation mit FIAN International für die zivilgesellschaftliche Konferenz Vienna+20. Darüber hinaus legte sich FIAN aber auch in vielen anderen Projekten ins Zeug – u. a. bei den Filmtagen „Hunger.Macht.Profite.", sowie bei der Lokalaktion „Mir isst es Recht."

Stolz und staunend können wir auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. 2014 wird ein ruhigeres Jahr – es gilt für FIAN Österreich ein Jahr knapper finanzieller Ressourcen durchzustehen, Energien zu bündeln und Synergien zu schaffen. Mehr denn je ist FIAN Österreich daher auf Spenden und das ehrenamtliche Engagement von Mitgliedern, Praktikant_innen und Interessierten angewiesen! Mit großem Dank für die Unterstützung im letzten Jahr freuen wir uns darauf, die kommenden Herausforderungen gemeinsam und erfolgreich zu meistern.

Vorstand 2013
Elisabeth Sterzinger, Vorstandsvorsitzende
Doris Huber, stv. Vorsitzende
Anton Refenner, Kassier
Gabriele Skokan, stv. Kassierin
Philipp Salzmann, Schriftführer
Ralf Leonhard
Christiane Löper

Teilnehmer_innen der Vienna+20 CSO-Konferenz

Vienna+20
Die Menschenrechtsbewegung weltweit stärken

1993 – die UN-Weltmenschenrechtskonferenz in Wien gilt in der Entwicklung der Menschenrechte als zentraler Referenzpunkt. Das sollte 2013 nicht untergehen – und so nahm FIAN Österreich eine wesentliche Rolle in der Vorbereitung und Realisierung der internationalen zivilgesellschaftlichen Konferenz „Vienna+20 Human Rights in Crisis?" ein.

Sowohl bei FIAN International in Heidelberg als auch im Büro in Wien lief die Arbeit dazu auf Hochtouren. Dank des Engagements vieler NGOs entwickelte sich aus der geplanten Konferenz eine Aktionswoche mit zahlreichen Diskussionsveranstaltungen. 160 Teilnehmer_innen aller Kontinente trafen sich Ende Juni im Haus der EU in Wien, um die im Vorfeld vorbereitete Vienna+20 Erklärung zu diskutieren und zu verabschieden. Die Vielfalt der Beteiligten – von Menschenrechtsnetzwerken bis zu sozialen Bewegungen (Kleinbäuer_innen, Fischer_innen, Indigene, Migrant_innen und Flüchtlinge, Frauen) – war wesentlich. Die Konferenz betonte, dass wir in einer Zeit intensiver, zusammenhängender Krisen leben – ökonomischer, sozialer, finanzieller, ökologischer Natur – und dass ein starkes Menschenrechtssystem ein unverzichtbarer Teil der Antwort auf diese Krisen ist. Ebenso wichtig war die Einstimmigkeit in der Forderung, dies auch zu verwirklichen. Das bedeutet z.B., dass Menschenrechte über dem internationalen Wirtschaftsrecht stehen, das in den letzten 20 Jahren geschaffen wurde: Die Erklärung fordert eine an den Menschenrechten ausgerichtete Wirtschaftspolitik und Finanzregulierung. Die Erklärung wurde auf der vom Außenministerium in Kooperation mit dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte organisierten Konferenz „Vienna+20. Advancing the Protection of Human Rights" präsentiert. Zahlreiche Artikel, Radio- und Fernsehbeiträge waren das Ergebnis engagierter Medienarbeit.

www.viennaplus20.org

Parallelbericht:
WSK-Rechte-Forum beim UN Sozialausschuss in Genf

Das von FIAN 2012 ins Leben gerufene WSK-Rechte-Forum leistete 2013 erfolgreiche Arbeit: Der zivilgesellschaftliche Parallelbericht zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten konnte im September in Wien der Öffentlichkeit präsentiert werden. Im November vertraten fünf Delegierte die wichtigsten Anliegen der zivilgesellschaftlichen Gegendarstellung zum Regierungsbericht bei der österreichischen Staatenprüfung vor dem zuständigen UN-Komitee in Genf.

Der Sozialausschuss belohnte unsere Arbeit mit starken Empfehlungen an die österreichische Regierung, die eine gute Grundlage für die weitere politische Arbeit, für Reformen und Gesetzesänderungen darstellen.

WSK-Rechte-Forum in Genf

- Der Ausschuss fordert die Bundesregierung auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung den tatsächlichen Lebenshaltungskosten entspricht und allen Bedürftigen einheitlich und wirksam zugänglich ist.
- Die Bundesregierung soll dafür sorgen, dass die Aussetzung von Arbeitslosenunterstützungen nicht das Recht eines/einer Jede/n verletzt, seinen/ihren Lebensunterhalt durch eine frei gewählte oder angenommene Arbeit – gemäß Art. 6 des Paktes – zu verdienen. Ein regelmäßiger offener Dialog zwischen AMS und den Arbeitslosen ist zu fördern.
- Die Bereitstellung ausreichender Ressourcen muss sichergestellt werden, damit die Verfügbarkeit von sozialen Wohneinheiten erhöht wird.
- Asylwerber_innen müssen Zugang zum Arbeitsmarkt und - wenn sie keine Arbeit finden - zur Mindestsicherung haben.
- Für Entwicklungszusammenarbeit, Landwirtschafts- und Handelspolitik ist der Menschenrechtsansatz durchzusetzen: Das bedeutet, systematische und unabhängige Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen durchzuführen und Monitoringmechanismen einzurichten, um die Auswirkungen österreichischer Politiken und Projekte in Drittländern zu prüfen.
- Zur Aufarbeitung der strukturellen Menschenrechtsdefizite soll ein umfassender nationaler Aktionsplan für Menschenrechte erlassen werden.

Ein schöner Erfolg des WSK-Rechte-Forums ist auch die Zusammenarbeit mit der Volksanwaltschaft. Bereits im Oktober gab es ein konstruktives Treffen. Die Volksanwaltschaft wird auch die Einbindung der NGOs bei der Entwicklung des nationalen Aktionsplanes für Menschenrechte koordinieren.

Parallelbericht und abschließende Empfehlungen unter
www.fian.at/parallelbericht

Refugees are welcome here!

Ende 2012 machten Flüchtlinge und ihre Unterstützer_innen mit dem Refugee Protest Camp Vienna sowohl auf die unwürdigen Zustände in österreichischen Flüchtlingsunterkünften, als auch auf das unmenschliche EU-Asylsystem insgesamt aufmerksam. FIAN Österreich organisierte 2013 erstmals eine Briefaktion zum Recht auf Nahrung zu einem Fall in Österreich. Kritikpunkte des Refugee Camp, die etwa Unterkunft, Essen oder soziale Aspekte betrafen, waren der Anlass, uns mit einem Schreiben an Bundeskanzler, Innenministerium und Volksanwaltschaft zu wenden. Durch Gespräche entstand ein regelmäßiger Kontakt mit einigen Refugee Aktivist_innen. FIAN Österreich suchte daraufhin auch den Austausch mit Organisationen aus dem Sozialbereich.

Im Rahmen der Vienna+20 Konferenz besuchte eine Delegation die Refugee-Gruppe im Servitenkloster. Die Refugee-Aktivist_innen leisteten außerdem durch ihre Statements einen wichtigen Beitrag auf der Konferenz. Sie nutzten die Anwesenheit von François Crépeau, dem Sonderberichterstatter für die Rechte von Migrant_innen, zur Übergabe eines Briefes, in dem sie ihre Situation und Forderungen schilderten.

FIAN Österreich thematisierte im Parallelbericht die alltägliche Situation der Refugees im System der Grundversorgung. Das führte dazu, dass der UN Sozialausschuss in den Empfehlungen an Österreich die Gleichstellung von Migrant_innen und Flüchtlingen in der sozialen Versorgung explizit benennt. Diese ist noch lange nicht erreicht. Die Refugee Protest Bewegung hat noch viele Gründe für ihre Rechte zu kämpfen - und FIAN, sie dabei zu unterstützen!

Menschenrechte ohne Grenzen
Extraterritoriale Staatenpflichten

2013 hat FIAN Österreich verstärkt zu den extraterritorialen Staatenpflichten (ETOs) gearbeitet. Viele Verletzungen vor allem von WSK-Rechten haben ihren Ursprung weit entfernt von dem Ort, an dem sie stattfinden. Die Verwirklichung der Menschenrechte hängt mehr denn je von Handlungen von Staaten, internationalen Organisationen und privaten Akteur_innen außerhalb des betroffenen nationalen Territoriums ab. Die ETOs können als „Missing Link" im Menschenrechtssystem verstanden werden, indem sie eine Rechtsgrundlage für unsere globalisierte Welt bereitstellen und damit ein rechtliches Vakuum füllen. Die ETOs fanden auch breite Unterstützung auf der zivilgesellschaftlichen Vienna+20-Konferenz.

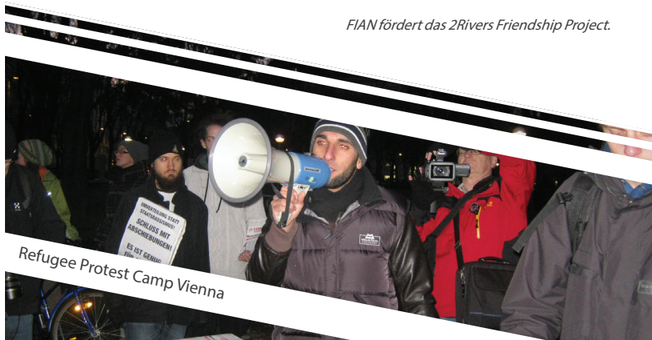
FIAN Österreich beobachtete 2013 die Rolle Österreichs im Bereich der Entwicklungsfinanzierung – im Rahmen eines Weltbankprogramms in Äthiopien, durch welches das Recht auf Nahrung indigener Gruppen verletzt wurde. Als Mitglied der Weltbank trägt die österreichische Regierung hier menschenrechtliche Verpflichtungen. In Sierra Leone hat ein Schweizer Unternehmen riesige Landflächen gepachtet, um Agrartreibstoff für Europa zu produzieren. Der Verlust des Zugangs zu Land hat gravierende menschenrechtliche Folgen für die Landbevölkerung. Kofinanziert wird das Unternehmen durch den Emerging Africa Infrastructure Fund (EAIF), der wiederum im Eigentum der Private Infrastructure Development Group (PIDG) steht. PIDG ist durch Geberinstitutionen aus europäischen Ländern – darunter auch Österreich – entstanden. Die Österreichische Entwicklungsbank hat einen Kredit an den EAIF vergeben. Die Verknüpfungen nach Österreich wurden im April 2013 durch FIAN Österreich öffentlich gemacht und zogen ein breites Medienecho nach sich. Auch wenn österreichische Institutionen diese Projekte und Programme nur indirekt unterstützen, sind sie aufgefordert, ihre Mitverantwortung für Risken und Auswirkungen wahrzunehmen. Entwicklungsgelder müssen für die Verwirklichung der Menschenrechte eingesetzt werden, nicht für deren Aushöhlung.

Die beiden Fälle und die ETOs wurden auch im Parallelbericht zur Staatenprüfung Österreichs vor dem UN-Sozialausschuss dargestellt. Die Empfehlungen des Ausschusses bestätigten die Forderungen des Berichts. Der Ausschuss empfiehlt z. B., dass Österreich im Zuge von österreichischen Unternehmenstätigkeiten im Ausland die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Menschen vor Ort garantieren und dementsprechende Standards, Gesetze und Regulierungen für Unternehmen festlegen soll. Auch die Empfehlung zur Einrichtung von menschenrechtlichen Folgeabschätzungen in der Entwicklungszusammenarbeit ist ein Erfolg des Parallelberichts. FIAN Österreich wird sich zusammen mit der aus dem Parallelberichtsprozess hervorgegangenen ETO-Gruppe und mit neuen Mitstreiter_innen dafür einsetzen.

2Rivers Friendship Project

Zahlreiche Unterschriften aus Österreich haben in Indien entscheidend zum Erfolg einer Klage gegen die staatliche Kohlefirma CCL beigetragen, die Kohleabbau in Jharkhand betreibt. Der Oberste Gerichtshof von Jharkhand hat einer Klage der ortsansässigen Widerstandsgruppen stattgegeben und CCL aufgefordert, den Fluss Damodar von der Verschmutzung durch den Kohletagebau zu reinigen. Das ist ein Teilerfolg, aber weitere Maßnahmen sind nötig, um das Recht auf Nahrung und Wasser der Dorfbewohner_innen zu verwirklichen.

FIAN fördert das 2Rivers Friendship Project.


Refugee Protest Camp Vienna